

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher
No 11

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Nagold u. Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

Besteht wöchentlich 6 mal. Bezugspreis: monatlich 1,40 Mark. Die Einzelnummer kostet 10 Pf. Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 15 Halbpennige, die Reklamzeile 45 Halbpennige. Die Druckkosten der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Befreiung. Postfachkonto Stuttgart Nr. 6780 - Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr

Nr. 128

Altensteig, Samstag den 3. Juni

1926

Wochenrundschau

Die schweren innen- und außenpolitischen Probleme, vor deren Lösung nun die Reichsregierung und das Reichsparlament stehen, gaben auch dieser ersten Woche des Sommermonats Juni ihr Gepräge. Doch dürften erst die kommenden Wochen Entscheidungen bringen, da der Reichstag erst am kommenden Montag seine Arbeit wieder aufnimmt. Man braucht nur die Probleme zu nennen und schon steht eine neue Krisenzeit in Sicht. Die Frage der Regierungserweiterung ist zunächst verschoben. Das Reichskabinett hat beschlossen, daß die Reichsregierung in der nächsten Zeit keine Aenderung erfahren soll. Reichkanzler Dr. Marx wird also das Reichsjustizministerium und das Ministerium für die besetzten Gebiete, das sogenannte Rheinlandministerium, zusammenverwalten. Die parlamentarisch-politischen Schwierigkeiten sind nun noch zu groß und die Störung des Gleichgewichts der Kräfte in der Regierung zu gefährlich, weil eben die Verhältnisse der Koalitionsparteien noch gespannt sind. Das „Berliner Tageblatt“ hat an die Führer der Parteien der Großen Koalition die Umfrage gerichtet, wie sie über das Zustandekommen der Großen Koalition denken. Der völksparteiliche Abg. Dr. Moldenhauer erklärte, daß die Gegenfrage im Augenblick so stark seien, daß sie für die Große Koalition als unüberbrückbar angesehen werden müßten. Der sozialdemokratische Reichstagspräsident Lohde schrieb, daß eine parteipolitische Zusammenarbeit in der Großen Koalition erst rückfalllos in Betracht komme, wenn sich eine liberale Mittelpartei gebildet habe. Im übrigen sind die Parteien darin einig, daß das Ergebnis des Volksentscheids vom 20. Juni in Sachen der Fürstenernteignung abgewartet werden muß, ehe man neue Schritte in der Regierungsbildung unternimmt.

Der Volksentscheid selbst in der Gegenwart härtester Erörterung und Agitation. Man wird in der Prophezeiung nicht fehl gehen, wenn man sagt, daß der Volksentscheid kaum die erforderlichen 20 Millionen Stimmen für die entschädigungslose Enteignung der früheren Fürsten aufbringen wird. Sämtliche bürgerliche Parteien haben sich gegen ihn ausgesprochen, die Demokraten gaben allerdings die Stimmabgabe frei. Es hat sich nun bereits die Streitfrage erhoben, ob zur Durchbringung des Volksentscheids nur die Hälfte der abgegebenen Stimmen erforderlich sei. Dies hängt mit der Frage der Verfassungsmäßigkeit des vorgelegten Gesetzentwurfs zusammen. Nun ist darüber kein Zweifel, daß der entschädigungslose Enteignungsentwurf verfassungsändernd ist, also eine Mehrheit der Abstimmberechtigten, nicht nur der Abstimmden überhaup erfordert. Reichsaußenminister Dr. Stresemann wies auf einer Parteitagung in Rostock darauf hin, daß die Annahme des Volksentscheids eine staatspolitische Krise von größter Ausdehnung bringen würde. Die Reichsregierung hat in dieser Woche den vom Reichstag bereits angenommenen Gesetzentwurf über die Auseinandersetzung mit den früheren Fürsten dem Reichstag vorgelegt. Eine Verabschiedung vor dem 20. Juni kommt aber nicht mehr in Frage. Der Entwurf will eine rechtmäßige Auseinandersetzung. Es sollen dadurch dem Volk und Staat alle die Rechte zurückgegeben werden, die die Fürsten als Träger ihres Amtes sich aneigneten, insbesondere werden alle unerhörten Ansprüche einzelner Fürstenfamilien, so namentlich der Welfenburger, beseitigt. Es ist kein Zweifel, daß die ganze Frage der Fürstenabfindung für den Deutschen Süden überhaupt nur formale Bedeutung hat. In Bayern und Baden betrachtet man die ganze Angelegenheit als geschlichtet. In Württemberg schweben noch einige Differenzpunkte, die Auseinandersetzung selbst aber ist unter der Ministerpräsidentenschaft des Sozialdemokraten Bloß vorgenommen worden.

Die Streitfrage, ob ein Gesetz zu einer rechtsgültigen Annahme der verfassungsändernden Mehrheit bedürfe oder nicht, soll auf gesetzlichem Wege geregelt werden, weil die Weimarer Verfassung hier eine Lücke aufweist. Die Reichsregierung plant die Schaffung einer Instanz, eines Gerichtshofes, der unabhängig von politischen Erwägungen zu entscheiden hätte, ob ein Gesetz verfassungsändernd ist. Der Reichsinnenminister hat dem Kabinett bereits eine Vorlage unterbreitet, die einen Staatsgerichtshof vorsieht, und das Reichskabinett hat bereits die Zustimmung gegeben.

Ein weiteres Krisenmoment bildet der Streit um die Reichstagsfrage. Nun soll schon in der kommenden Woche der Reichsregierung ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, der auf Grund der Anregung des Reichspräsidenten die Schaffung einer Einheitsliste vorsieht. Im Reichsinnenministerium ist der Entwurf ausgearbeitet worden. Aber die Frage, ob ein solches Gesetz jetzt im Augenblick politisch tragbar und im Parlament durchbringbar ist, hat das Reichskabinett zu entscheiden. Eine Rücksprache mit den Fraktionsführern wird auf alle Fälle zuvor stattfinden. Dem Vernehmen nach sind im Reichsinnenministerium drei Vorschläge ausgearbeitet, die schwarzrotgold in irgend einer Weise mit schwarzweißrot kombinieren. Da jede Farbänderung eine Verfassungsänderung bedeutet, im Reichstag also eine Zweidrittelmehrheit erforderlich macht, scheint es eigenartig ausgeschlossen, daß Sozialdemokratie und

Deutschnationale sich zur Mitarbeit an einer Kompromißlösung zusammenschließen. Eine Lösung der Flaggenfrage in der kurzen Sommertagung des Reichstages ist deshalb höchst unwahrscheinlich, viel eher wird die Entscheidung erst im Herbst oder kommenden Winter fallen.

Eine innerpolitische Erregung hat auch das Vorgehen der preussischen Regierung, die bekanntlich stark nach links tendiert, in Sachen des sog. geplanten Rechtsputzsches hervorgerufen. Wie im preussischen Landtag mitgeteilt wurde, fußt das Vorgehen auf Anzeigen von Mitgliedern der vaterländischen Verbände. Die politische Polizei in Berlin gewann den Eindruck, daß es sich bei Kreisen der Rechten wirklich um ernste Gutspläne und die Errichtung einer Rechtsdiktatur handle, deshalb hat sie bei hochstehenden Persönlichkeiten und Wirtschaftsführern Hausdurchsuchungen vorgenommen. Daß dabei der Polizei auch Unschuldige in die Finger kamen und Mißgriffe unterliefen, hat zu schweren Angriffen gegen den Innenminister Seoding geführt. Außerdem hat der Oberreichsanwalt gegen drei Personen ein Untersuchungsverfahren eingeleitet. Aber erst dieser Tage erklärte der Reichsaußenminister Dr. Stresemann, daß aus den bisher bekannt gewordenen Veröffentlichungen nicht die Ueberzeugung gewonnen werden könnte, daß die Voraussagen für ein derartiges Vorgehen der preussischen Regierung tatsächlich gegeben waren. Besonders peinlich war es, daß man auch das Staatsoberhaupt der freien Stadt Lübeck, die in diesen Tagen ihr 700jähriges Bestehen feiert, in die Affaire auf ziemlich plumpe Weise hereinzog. Mit einer Mehrheit der Linken wurde der erste Bürgermeister von Lübeck, Dr. Reumann, im dortigen Senat durch ein Mißtrauensvotum gestürzt.

Zu den außenpolitischen Aufgaben der nächsten Zukunft zählen vor allem die Fragen der Befähigungslasten in der zweiten und dritten Zone, die Durchführung der Locarnoverträge, die Fragen, die sich durch die Genfer Konferenzen (Erweiterung des Völkerbundes und Abrüstung) ergeben haben. Die deutsche Friedenspolitik hat durch die Unterzeichnung des deutsch-dänischen Schiedsgerichtsvertrages in dieser Woche einen neuen Erfolg zu buchen. Deutschland hat bereits mit verschiedenen Ländern ähnliche Verträge, die für den Fall von Streitigkeiten die Einsetzung eines Schiedsgerichtes vorsehen, das einen bindenden Schiedspruch für beide Teile fällt. Ueberdies ist ein Vergleichsprotokoll vorgelegen. Der Vertrag gilt zunächst für 10 Jahre. Es ist bedeutsam für die französische Außenpolitik, daß im Senat erst in diesen Tagen die Debatte über die Locarnoverträge stattfindet und Briand alle Mühe hat, die Verträge durchzubringen. Die Verträge erfahren dort im Hinblick auf das unterdessen zwischen Deutschland und Rußland getroffene Abkommen eine scharfe Kritik und es zeigt sich wenig Vertrauen und Locarnogeist gegenüber Deutschland.

In der inneren Politik Frankreichs vollziehen sich merkwürdige Veränderungen. Die radikale und sozialistische Mehrheit der Kammer, wie sie aus den Wahlen vom Jahr 1924 hervorging, ist in Auflösung. Die Sozialisten haben den Eintritt in die Regierung verweigert, der Linksbund ist zerfallen, Finanz- und Frankenkrisis treiben zu neuer Mehrheitsbildung in der Kammer und so kommt der Nationalblock mehr und mehr in Erscheinung. Briand hat dieser Tage ein Vertrauensvotum von Seiten dieser neuen Gruppierung erhalten. Seine Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Spanien über das eroberte Marokko ist noch im Gange. Abd el Krim, der sich freiwillig in französische Gefangenschaft begab, bildet noch einen Streitpunkt. Spanien will ihn als Rebellen behandeln und namentlich Spanien fordert eine kriegsgerichtliche Aburteilung. Die Verbannung ist ihm sonach sicher, wenn er auch dem Großmut der Franzosen vertraute. Die Spanier selbst haben noch heftige Kämpfe zu bestehen. Italien, das sein Interesse an Nordafrika angemeldet hat, wird durch England wohl in Schach gehalten, sofern zwischen Briand und Chamberlain ein Ruhhandel um Nordafrika zustande kommt. Dazu bietet ja die in kommenden Woche beginnende Tagung des Völkerbundes neue Gelegenheit.

In England ist der Streit der Bergarbeiter immer noch nicht beendet. Die Versuche zur Beilegung sind bei den Arbeitnehmern daran gescheitert, daß sie in eine Herabsetzung der Löhne nicht einwilligten. In Ägypten drohen für England durch den Wahlsieg der dortigen Nationalisten unter Führung von Jagsul Pascha neue Schwierigkeiten zu entstehen, weil diese nur-Ägypter die englischen Sonderrechte nicht anerkennen wollten. Indessen hat Jagsul auf die Bildung des Kabinetts verzichtet und ein gemäßigter ägyptischer Politiker wird die Regierung unter dem Scheinkönig Fuad leiten.

In Polen wurde zunächst der Wähler der Revolution Marshall Pilsudski vom Reichstag zum Präsidenten gewählt. Er lehnte aber ab, weil ihm die Mehrheit nicht groß genug war und weil er durch seine Beauftragung ebenso die Leitung des Staates in der Hand behalten konnte. So wurde Professor Koszicki gewählt. Er ist nun vereidigt worden und wird dem provisorischen Ministerpräsidenten Bartel die Regierungsbildung überlassen. Ob es gelingt, die Sanierung Polens durchzuführen, wird schon die nahe Zukunft lehren.

Als letztes der europäischen Länder hat sich nun auch Portugal eine Diktatur zugelegt. Ein unblutige Militärrevolte führte zum Sturz der Regierung und der General da Costa hat nun mit einigen Getreuen nach dem Vorbild Spaniens, Italiens und Griechenlands die Macht in Händen.

Zwei Todesfälle am Ende der Woche illustrieren die alte und die neue Zeit. Der frühere preussische Handelsminister von Berlepsch in hohem Alter gestorben. Er bewies schon in der Zeit des Kaiserreiches außerordentliches Verständnis für soziale Fragen und wirkte oft als Vermittler zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Der andere Tote ist der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Rudolf Defer, der ursprünglich Journalist, sich als Parlamentarier in der alten Zeit schon einen Namen machte. Im März 1919 übernahm er das Eisenbahnministerium in Preußen, war 1922 und 1923 Reichsminister in den Kabinetten Bauer und Stresemann als Vertreter der demokratischen Partei. Im Herbst 1924 wurde er der erste Generaldirektor der Reichsbahngesellschaft. Als solcher hat er für den Wiederaufbau des deutschen Verkehrswezens große Dienste geleistet.

Zum Tode des Generaldirektors Defer

Der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Defer, ist in seiner Dienstwohnung gestorben. Bei ihm weilt nur seine nächste Angehörigen. Eingeweihten ist der Tod nicht überraschend gekommen. In den letzten Tagen verschlechterte sich Defers Zustand derart, daß man das Schlimmste befürchten mußte. Defer war bekanntlich schon längere Jahre leidend. Seine Energie vermochte es jedoch, die Krankheit immer wieder zurückzudrängen. Mehrfach suchte und fand er Erholung im Süden, zuletzt noch in der Zeit von Osnabrück bis zur vor Pfingsten, lebte aber stark leidend zurück. Trotzdem übernahm er persönlich wieder die Geschäfte und leitete auch entscheidende Sitzungen selbst. Dann aber erfolgte der Zusammenbruch. Noch bis zuletzt hat er von dem Krankenlager aus an der Leitung der Geschäfte teilgenommen und Unterschriften persönlich ausgefertigt.

Defer wurde am 13. November 1858 zu Coswig in Anhalt geboren und entstammt einer Fabrikantenfamilie. Er studierte in Berlin Philosophie und Nationalökonomie. Als Redakteur war er zunächst in Süddeutschland tätig und kam dann zur „Frankfurter Zeitung“, deren Redaktionskollegium er über 25 Jahre angehörte. Er behandelte dort vorwiegend wirtschaftliche Fragen und war Leiter des politischen Teils, bis ihn eine schwere Erkrankung, die Folge übermäßiger beruflicher und öffentlicher Betätigung vorübergehend zum Ausscheiden aus dieser Stellung veranlaßte. Nach seiner Genesung trat er erneut in die Frankfurter Redaktion ein, bis er während des Krieges nach Stettin übersiedelte, um die politische und geschäftliche Leitung der dortigen „Ostsee-Zeitung“ zu übernehmen. In das preussische Abgeordnetenhaus wurde er gelegentlich einer Nachwahl im Januar 1902 gewählt. Dem Reichstag gehörte er von 1907 bis 1912 an. Bereits im Jahre 1907 war Defer die Leitung des neu eingerichteten Wirtschaftsamtes aneboten worden. Er lehnte jedoch damals die Übernahme dieses Amtes aus politischen Erwägungen ab. Am 25. März 1919 wurde er von dem Präsidenten der verfassunggebenden Landesversammlung zum Mitgliede des preussischen Staatsministeriums und preussischen Minister für öffentliche Arbeiten berufen. Unter seiner entscheidenden Mitwirkung kam das Werk der Verstaatlichung der Länder-Eisenbahnen zustande. (Staatsvertrag vom 31. März 1920.) Am 28. April 1921 schied er, nachdem fast alle Aufgaben seines Ressorts auf das Reich übertragen waren, aus dem Amt des preussischen Ministers für öffentliche Arbeiten. Nachdem er im April 1921 zum Landeshauptmann der Provinz Sachsen gewählt worden war, trat er das neue Amt am 1. Juli 1921 an. Er bekleidete das Amt aber nur etwas über Jahresfrist, da er bereits am 22. November 1922 das Reichsministerium des Innern übernahm. Auch diesen Posten verließ er nur kurze Zeit, weil er am 13. August 1923 zum Reichsverkehrsminister ernannt wurde. Auf dem Gebiete der Wasserstraßenverwaltung, die ebenfalls zum Ressort des Reichsverkehrsministeriums gehörte, hat Minister Defer die Vollendung des Bundes des Mittelstandes, die großen süddeutschen Wasserstraßenpläne, sowie die Verbesserung der Seewege nach Königsberg, Stettin, Hamburg und Bremen nachdrücklich gefördert. Am 27. September 1924 wurde er zum Generaldirektor der Reichsbahngesellschaft ernannt und infolgedessen von dem Amt als Reichsverkehrsminister entbunden. Nach seiner Ernennung leitete der Generaldirektor Defer, der bisher den Wahlkreis Nagold im preussischen Landtage vertreten hatte, sein demokratisches Landtagsmandat nieder. Am 14. Dezember 1925 erlief die Technische Hochschule Karlsruhe da soebenstoolle Wirken Defers durch Vereidung der Würde eines Dr. ing. e. h.

Die Trauerfeier für Defer

Berlin, 4. Juni. Am Montag findet laut „B. Z.“ die Trauerfeier für den verstorbenen Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft Defer in dem Verwaltungsgebäude der Reichsbahngesellschaft statt. Neben zahlreichen Ehrengästen werden u. a. sämtliche 31 Eisenbahnpräsidenten Deutschlands an der Trauerfeier teilnehmen.



Die Locarno-Verträge im franzöj. Senat

Paris, 4. Juni. Der radikale Senator Lemercier beantragt im Senat keinen Antrag, die Ratifizierung der Locarno-Verträge bis zum Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund aufzuschieben damit, daß Deutschland nach der Unterzeichnung der Abkommen von Locarno sich eine feste Herausforderung gefallen habe und es deshalb gut sei, mit der Ratifizierung der Abkommen zu warten, bis die Doppelanerkennung Deutschlands aufgeführt sei. Man könne wohl den Vertrag Deutschlands mit Rußland mit Locarno und dem Völkerverbund in Einklang bringen, vorausgesetzt allerdings, daß der Geist, in dem er von den Vertragsschließenden ausgeführt werde, verständlich sei. Er wolle deshalb erst abwarten, umso mehr als nach seiner Ansicht Deutschland und Rußland einen Verteidigungsvertrag gegen den Völkerverbund unterzeichnet hätten. Ministerpräsident Briand erklärte darauf, daß er den Vertragsantrag nicht annehmen könne. Er habe jenem moskowschen Entschluß, der sich um die Abkommen von Locarno gebildet habe, nicht ausgenutzt, um sofort die Ratifizierung zu erlangen, denn er sei der Ansicht, daß diese Internationalisation nicht eitellich gewesen wäre. Aber heute sei der Augenblick gekommen, in dem der Senat sich über diese Frage ausprechen müsse, denn wären bei der nächsten Zusammenkunft in Genf die Abkommen noch nicht ratifiziert, so könne Deutschland darin einen Vorwand finden, sich zurückzuziehen. Wenn der Senat die Vertragsgenehmigung ablehnt, dann werde es keine Abkommen von Locarno mehr. — Der radikale Senator Francois Albert erklärte, er werde sich über die Abkommen von Locarno erst äußern, nachdem Deutschland sich klar über den deutsch-russischen Vertrag ausgesprochen habe. Auch für ihn sei der deutsch-russische Vertrag eine Enttäuschung. Dieser Vertrag habe eine neue Tatsache geschaffen. — Briand erwiderte darauf, daß man wohl den Fakt von Locarno auf Grund des deutsch-russischen Vertrages verwerten könne, aber man könne nicht behaupten, daß der deutsch-russische Vertrag eine Vertiefung notwendig mache. Hierauf wurde abgestimmt und der Antrag Lemerciers abgelehnt.

Nach einer Unterbrechung der Sitzung ergriff der Berichterstatter Senator Labrousse das Wort um zu erklären, der Rheinlandpakt lasse alle Klauseln des Vertrages von Versailles bestehen. Außerdem bedeute Locarno die moralische Garantie für die territoriale Sicherheit Frankreichs. Die Abkommen von Locarno seien gegen seinen Staat abgeschlossen. Das Wort von Locarno sei groß, aber man müsse auch anerkennen, daß die Autorität des Völkerverbundes nur moralisch sei und daß er über keine Sanktionen verfüge. Locarno bedeute also nicht die vollkommene Sicherheit. Die Sorge um die Zukunft Frankreichs erfordere, daß man alle Maßnahmen treffe, einen unvorhergesehenen Angriff zu verhindern. — Hierauf ergriff Senator Millerand das Wort und führte aus: Wo hätten sich Frankreich und Deutschland in den Abkommen von Locarno Garantien gegeben? England und Italien beliehen aber das Recht, die Nützlichkeit ihrer Interventionen festzustellen. Die Engländer, die wohl besäßen hätten, daß ihre Grenze am Rhein liege, hätten noch nicht besprochen, daß sie auch an der Weichsel liege. Die Abkommen von Locarno hätten einen großen Fehler. Die Absichten Deutschlands und Frankreichs seien nicht die gleichen. Frankreich erwarte, daß der Vertrag von Versailles restlos bestehen bleibe. Deutschland dagegen verheimliche nicht, daß sein Ziel die Revision der von ihm für unausführbar erklärten Verträge sei. Es trete in den Völkerverbund ein, um ihn zu seinem Vorteil abzuändern. Das französische Parlament könne die Abkommen von Locarno nicht ablehnen und die Haltung der Vertreter Frankreichs desanoulieren. Deshalb trete er für die Ratifizierung ein. Wenn Deutschland seinen wirtschaftlichen Wiederaufstieg wolle, könne man sich dem nicht widersetzen, aber man verlange von ihm, daß es seine Tätigkeit nur im Rahmen des Europas der Friedensverträge verfolge.

Die Locarno-Abkommen genehmigt.

Paris, 4. Juni. Der Senat hat die Ratifizierung der Abkommen von Locarno mit 272 gegen 6 Stimmen genehmigt.

Neues vom Tage.

Aufhebung von Unterkommissionen der interalliierten Militärkontrollkommission

Berlin, 4. Juni. Nach einer Mitteilung des Vorgesetzten der interalliierten Militärkontrollkommission in Berlin sind mit dem 1. Juni 1926 die bisher noch bestehenden Unterkommissionen der interalliierten Militärkontrollkommission in Königsberg und München aufgehoben worden.

Der deutsche evangelische Kirchenausschuß zum Völkerverbund

Eisenach, 4. Juni. Auf seiner Tagung vom 3. bis 5. 6. in Eisenach hat der deutsche evangelische Kirchenausschuß zum Völkerverbund über die Fürsorgeeinrichtung folgende Entschlüsse gefaßt: Angesichts des bevorstehenden Völkerverbundes erklärt der deutsche evangelische Kirchenausschuß, ohne zu den politischen und juristischen Fragen Stellung zu nehmen, vor der Öffentlichkeit: Die geplante entschädigungslose Enteignung bedeutet die Entrechtung deutscher Volksgenossen und widerspricht klaren und unzweideutigen Grundfäden des Evangeliums.

Abklärung der Ermittlungen zur Stargarder Eisenbahnkatastrophe

Danzig, 4. Juni. Das Korridorrichtungsgericht, in dem der böhmische Generalkonsul in Danzig, Koch, den Vorstoß führt, hat die Ermittlungen zu der Stargarder Eisenbahnkatastrophe vom 1. Mai vorigen Jahres nach Vernehmung von über 100 Zeugen und nach mehreren Lokalfeststellungen an der Unfallstelle soweit abgeschlossen, daß das Schiedsgericht demnächst zu einer endgültigen Entscheidung kommen wird. Als Sachverständiger für das Obergutachten ist Direktor H. P. Raas-Greteranus von der Generaldirektion der niederländischen Eisenbahnen ernannt worden. Sobald das Gutachten in Danzig eintrifft, wird das Korridorrichtungsgericht eine endgültige Entscheidung treffen.

Vereinigte vaterländische Verbände und Völkerverbund

Berlin, 4. Juni. Die Reichsgeschäftsstelle der vereinigten vaterländischen Verbände Deutschlands veröffentlicht einen Aufruf gegen den Völkerverbund, in dem dazu aufgefordert wird, am 20. Juni der Abstimmung fernzubleiben.

Die Siebenhundertjahrfeier der Reichsfreiheit Lübeck

Lübeck, 4. Juni. Im Stadttheater fand die offizielle Gedenkfeier statt, zu der sich eine große Festversammlung vereinigt hatte. Es waren erschienen Verkehrsminister Dr. Krohne als Vertreter des Reichspräsidenten und der Reichsregierung, der Vizepräsident des Reichstages Geheimrat Dr. Kieher, Mitglieder des Reichsrates, Vertreter deutscher und ausländischer Staaten, die Präsidenten der Senate von Hamburg, Bremen und Danzig, Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, einer Reihe deutscher und ausländischer nordischer Städte sowie zahlreiche deutsche führende Persönlichkeiten. Nach der Begrüßung der Gäste durch den Senator Vermeiren ergriff Reichsverkehrsminister Dr. Krohne das Wort und überbrachte die Wünsche der Reichsregierung und des Reichspräsidenten. Die Grüße des Reichstages überbrachte Vizepräsident Geheimrat Dr. Kieher, im Namen des Reichsrates sprach der bayerische Gesandte Dr. von Preger. Nach weiteren Ansprachen der Vertreter von Rußland, Norwegen, Danzig, Finnland, Lettland, Estland, Litauen, Dänemark und Schweden, sowie des mecklenburgischen Ministerpräsidenten Freiherrn von Brandenstein im Auftrag der angrenzenden Länder hielt Studentent Dr. Fritz Endres die Festrede, die darin gipfelte, daß die Zukunft Lübecks davon abhängen werde, ob Lübeck bereit und fähig sein werde, den großen Geist seiner Vorfahren wieder zu beleben. Noch sei die Offiziersgemeinschaft nicht so eng, wie sie sein müßte und könnte. Diese Gemeinschaft müsse mehr als das nur Wirtschaftliche umfassen, es bedürfe einer lebendigen geistlichen Vereinigung der Völker gleichen Stammes und Glaubens, aber auch im Reiche bedürfe es noch einer solchen Vereinigung.

Deutsch-französische Aussprache über die Sachlieferungen

Paris, 4. Juni. Vom 31. Mai bis zum 2. Juni fand in Paris eine Aussprache zwischen deutschen und französischen Vertretern des Tiefbaugewerbes zur Prüfung der zweckmäßigsten Art und Weise der Fortführung, von Sachlieferungen speziell auf dem Gebiete der öffentlichen Arbeiten. Der Konferenz wohnten deutsche und französische Abgeordnete bei. Die Verhandlungen führten in den berührten Fragen zu einer vollständigen Übereinstimmung der beteiligten Wirtschaftskreise, die in dem nachstehenden Epöse zum Ausdruck kommt: Die deutsch-französische Konferenz von Vertretern des Tiefbaugewerbes ist einstimmig der Ansicht, daß es von höchster Wichtigkeit für Frankreich und Deutschland ist, die Sachlieferungen des Dawesplanes mehr als bisher auf die öffentlichen Arbeiten auszuweiten. Sie regt an, daß die Interessentengruppen auf französischer und deutscher Seite eine Reihe typischer Unternehmungen prüfen und zwecks Verrichtung der Grundlage einer gerechten rationalen Verteilung zwischen den Industrien der beiden Länder. Sie richtet an die Regierungen die dringende Bitte, diese Verwirklichung zu erleichtern, zu welchem Zwecke eine Reihe von Vorschlägen gemacht wurde.

Die Gegenstände in der Abrüstungskommission

Genf, 4. Juni. In der militärischen Unterkommission „A“ der vorbereitenden Abrüstungskonferenz haben sich die Gegenstände bei der Festlegung der Begriffsbestimmungen weiter verschärft. Es hat sich jetzt auch ein Gegensatz zwischen den See- und Landmächten ergeben. Der deutsche Standpunkt wird im allgemeinen von den Vertretern Amerikas und Englands geteilt. Sehr energisch haben jetzt auch die Vertreter Brasiliens, Schwedens und Chiles den deutschen Standpunkt unterstützt. In diesen Tagen beginnt die Beratung von Punkt 2 des Fragebogens „Wie kann man Rüstungen verhindern?“ Bis jetzt hat der französische Standpunkt immer die Mehrheit in der Kommission gefunden. Der am Montag zusammengetretene Völkerverbund wird sich nur mit dem Kompromißentwurf Cecil-Paul Boncour über den Art. 18 befassen und von den Verhandlungen der militärischen Unterkommission lediglich Kenntnis nehmen. Offiziell wird aus London gemeldet, daß zwischen England und Frankreich keine wirklichen Meinungsverschiedenheiten in der Entwaffnungsfrage beständen. Zwischen dem französischen Botschafter in London und dem Foreign Office hätten Besprechungen stattgefunden und man könne annehmen, daß die Erklärung, die der französische Botschafter am Mittwoch abgegeben habe, durchaus befriedigt hätte.

Die neue Völkerverbundtagung

Genf, 4. Juni. Die Finanzkommission des Völkerverbundes trat zusammen. Zur Verhandlung steht die Untersuchung der gegenwärtigen Finanzlage in Ungarn und Oesterreich, sowie ein Projekt der Unterbringung der griechischen Flüchtlinge. Ferner wird sich die Kommission mit einem Vorschlag der bulgarischen Regierung über die Unterbringung der bulgarischen Flüchtlinge befassen.

Ablehnung Strzynycki durch Pilsudski

Warschau, 4. Juni. Ein Teil der Anhänger Pilsudskis hat versucht, den Marschall Pilsudski dazu zu bewegen, Strzynycki für das Außenministerium zu gewinnen, um die Außenpolitik Polens in demselben Geiste, wie bisher, fortzusetzen. Wie verlautet, hat Pilsudski dies kategorisch mit der Erklärung zurückgewiesen, daß es ihm unmöglich sei, einen Minister der früheren Regierung, der direkt oder indirekt an allen Korruptionen beteiligt sei, an dem neuen Kabinett teilnehmen zu lassen.

Belgien und der Achtstundentag

Brüssel, 4. Juni. Die Kammer nahm mit 111 gegen 3 Stimmen bei 4 Enthaltungen einen Gesetzentwurf an, der das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag genehmigt.

Englands Erfolg in Ägypten

London, 4. Juni. Der kurze und heftige englisch-ägyptische Konflikt hat mit einem vollen Siege des englischen Standpunktes geendet. Zaglal Pascha hat erklärt, daß er „auf einstimmiges Anraten aller seiner Freunde darauf verzichtet habe, ein Kabinett zu bilden, und seiner Partei empfohlen müsse, ein Kabinett, gebildet von Adly Pascha, im vollen Umfang zu unterstützen.“ Adly Pascha ist derjenige gemäßigste ägyptische Politiker, den Lord Lloyd, der englische Oberkommissar, in seinen Unterredungen mit Zaglal Pascha und König Fuad als die einzige, für England erträgliche Persönlichkeit bezeichnet hatte.

Hochwasserkatastrophe in Rußland

Moskau, 4. Juni. Die Ueberschwemmung des Wolgabettes nimmt einen immer größeren Umfang an. Das Wasser steigt mit kolossaler Schnelligkeit und eine ganze Reihe von Städten stehen jetzt fast vollständig unter Wasser. In Weichselbild von Astrachan sind 6000 Arbeiter mit 20000 Pferden beschäftigt, die niederen Teile der Stadt durch Dämme zu schützen. Auch in der Umgebung von Kischin-Kowgorod ist das Wasser in den letzten Tagen wieder gestiegen. 12 Häuser wurden vom Wasser fortgerissen. Eine große Fabrik stürzte zusammen. Von Waku wird gemeldet, daß auch die Ueberschwemmung der Kara immer größeren Umfang annimmt. Im Bezirk Waku stehen 200 Häuser unter Wasser.

Keine Marokko-Konferenz

Paris, 4. Juni. Am Quai d'Orsay wird die Nachricht demontiert, wonach eine Marokko-Konferenz einberufen werden würde, an der Frankreich, England, Spanien, Italien und die Vereinigten Staaten teilnehmen sollen. Es wird erklärt, daß lediglich eine französisch-italienische Konferenz in Paris zusammentreten werde, die sich mit verschiedenen Punkten der französisch-italienischen Zusammenarbeit in Marokko beschäftigen wird.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, den 5. Juni 1926.

Missionsinspektor D. Friedrich Würz f. Soeben kommt aus Heilbronn die weite Kreise bewegende Nachricht, daß Missionsinspektor D. Friedrich Würz am Freitag morgen im Alter von 61 Jahren einem Schlaganfall erlegen ist. Die Baseler Missionsgesellschaft, in deren Dienst er wie viele andere Württemberger stand, ja die deutsche evangelische Mission überhaupt und das gesamte protestantische Missionsleben hat mit ihm einen hervorragenden Führer verloren. Geboren am 17. Februar 1865 in Calw als ältester Sohn des Tuchfabrikanten gleichen Namens durchlief Friedrich Würz den Bildungsgang eines württembergischen Theologen, kam schon in seinen Kandidatenjahren als unfähiger Lehrer an das Baseler Missionsseminar. Im Jahr 1891 wurde er als erster theologischer Sekretär bei der Baseler Mission Amtsnachfolger des späteren Prälaten D. Römer, im Jahr 1898 übertrug ihm die Missionsleitung das neugegründete Heimatsinspektorat. Zwölf Jahre später trat er von diesem Amt gesundheitshalber zurück, um sich mehr der literarischen Arbeit, vor allem der Herausgabe des Evangelischen Missionsmagazins zu widmen. Die Arbeit der Baseler Mission hat er durch die bedeutungsvolle Gründung eines Vereins für Frauenmission im Jahr 1901 erweitert. Im Jahr 1891 veranfaßte er in Freudenstadt gemeinsam mit dem bekannten Missionschriftsteller Hesse den ersten wissenschaftlichen Missionskurs, ein für das Missionsleben in Südwestdeutschland bahnbrechendes Ereignis.

Abfahrt der Amerikariege. Die Amerikariege der Deutschen Turnerschaft hat in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag mit dem Dampfer „Columbus“ Deutschland verlassen. Am Freitag abend waren die Mannschaft und ihre Begleiter anlässlich eines Ehrenabends des Verbandes bismarckischer Turnvereine Gegenstand großer Kundgebungen. Der große Saal des „Union-Palast“ war bis auf den letzten Platz gefüllt. Tausende von Einladungsbegehrenden konnten keinen Zutritt erhalten. Genußreich war es, was die Riege im Laufe des Abends an turnerischer Feinkost zeigte. Nach Kunstfreibungen wurde Barren geturnt. Was die Riege an diesem Gerät zeigte, war ganz hervorragend, und auch am Pferd, dem schwierigsten Gerät, wurde jede einzelne Übung beifällig aufgenommen. Den Höhepunkt erreichten die Beifallsbezeugungen, als der turnerische Leiter der Riege, Kühnler-Breslau, ein 53jähriger, mit einer Glanzleistung aufwartete, daß er trotz seines Alters noch einer der Besten ist. Den Glanzpunkt des Abends bildete das Redturnen der D.T.-Riege. Nicht endenwollender Beifall wurde jedem Turner gezollt. Dazwischen warteten Bremer Turner und Turnerinnen mit Freibungen und Volkstänzen auf. Am Sonnabend nachmittag begab sich die Riege an Bord des „Columbus“, wo sie Gelegenheit haben wird, an vorhandenen Geräten, wie Red, Barren und Pferd sich auf der Höhe ihres Könnens zu halten. So wird die Riege auch auf der Ueberfahrt nicht wenig zur Unterhaltung der Passagiere beitragen. Die Ankunft in New York erfolgt am 7. Juni.

— Unterrichtskurse in Obstverwertung für Frauen und Mädchen. Die Württ. Landwirtschaftskammer wird im Laufe des Sommers, voraussichtlich im August, an der Weinbauhale in Weinsberg und an der Hohenloheischen Frauenschule in Kuppertzell viertägige Obst- und Gemüseverwertungskurse abhalten. In denselben werden alle wichtigen Verfahren zur Haltbarmachung von Obst und Gemüse besprochen und praktisch vorgeführt.





Stammholz-Verkauf.

Am Montag, den 7. Juni ds. Js. vormittags 10 Uhr werden auf dem Rathaus

ca. 213 Festmeter Tannen und Forchen

aus dem Gemeindevald Abt. Brand und Schiltmühleberg mit verschiedenen Losen öffentlich versteigert.

Im Anschluß können bei einem annehmbaren Angebot aus Ode. Wald Abteilung Enzwald

430 Festmeter

mit verkauft werden. Liebhaber sind eingeladen. Gemeinderat.

Pfalzgrafenweiler.



Stammholz-Verkauf.

Die Gemeinde verkauft aus den Waldteilen: Obere Schwende, Gäßlesbuckel, Spielbergweg, Kommenturei, Böhle, Steinach, Hohenstein, Bögle, Mährain und Zinsbachhalbe

349 Stück Langholz mit 340 Festmeter

in allen Klassen am nächsten Montag, den 7. ds. Mts. nachmittags 4 Uhr im Rathaus. Gemeinderat.

Neo-Ballistol-Klever-Armeeöl

D.R.-Pat. Oesterr. Pat.

ist zugleich Waffendöl, Koffschußöl, Wundöl, Schmieröl, Lederöl, Desinfizierend!

1 Tötet alle Krankheitsbazillen und beseitigt deren Folgekrankheiten!

Unschädlich für Menschen, Tier, Pflanze. Weltliteratur gratis und franko. In Waffen-Geschäften, Apotheken, Drogerien, landwirtschaftlichen Geschäften, sonst von überall

Chem. Fabrik F. W. Klever, Köln.

Empfehle erstklassige

Schleifsteine

roh und bearbeitet, sowie

Scheuerplatten

roh, gefügt und verlegt

Beiberteil können roh und bearbeitet geliefert werden zu annehmbaren Preisen.

Wilh. Hayer, Steinbruch-Betrieb Pfalzgrafenweiler.

Zum Flugtag in Bötlingen

fahre ich bei genügender Beteiligung morgen Sonntag mit meinem Lastauto.

Abfahrt 1/9 Uhr bei der Turnhalle. — Anmeldungen bei Albert Luz bis Samstag Abend 9 Uhr. — Tel. 79.

Walz, obere Stadt.



Sommer-Mäntel

Sommer-Kleider

Kinder-Kleider

weiße Blusen

Röde

billigt bei

Reinhold Hayer, Altensteig.



Grömbach.

Verkaufe einen gutenhaltenen

Ruhwagen

Friedrich Broß, Schmied.

Altensteig.

Kunst-Waben

empfiehlt Maria Schwarz, Wwe. Handlung obere Stadt.

Ia. Eiderfettläse

9 Pfd. — Mk. 8.—, franko Dampfseifenfabrik Neudenburg

Kirchliche Nachrichten.

1. S. n. Dr., 6. Juni, Vorm. Gottesdienst um 1/2 10 Uhr mit Predigt über 2. Thess. 2 13—17: Fest bleiben! Lieder 61. 10.

Nachher Kindergottesdienst Nachm. 1/2 2 Uhr Christenlehre mit den Söhnen. Abends 8 Uhr Gemeinschaftsstunde.

Am Mittwoch Abend 8 1/4 Uhr Bibelstunde im Luthersaal.

Methodistengemeinde.

Sonntag, 6. Juni, vorm. 1/2 10 Uhr Predigtgottesdienst, vormittags 11 Uhr Sonntagsschule, abends 8 Uhr Predigtgottesdienst.

Mittwoch, den 9. Juni 1926, abends 8 1/4 Uhr Bibel- und Gebetsstunde.

Druck-Arbeiten

wie

Rechnungen, Briefbogen, Mitteilungen, Zirkulare, Mahnbrieife, Statuten, Briefumschläge, Formulare für den geschäftlichen und amtlichen Verkehr, Anhänge- und Begleit-Adressen, Notizblocks, Programme, Prospekte, Kataloge, sowie Heimat-Bücher, in zufriedenstellender Satz- und Druck-Ausführung

liefert schnellstens

W. Rieker'sche Buchdruckerei Altensteig.



Statt Karten.

Julie Sonntag Robert Wößner

Verlobte

Altensteig

Alpirsbach Grünmetzstellen

Juni 1926

Herzliche Einladung zur jährlichen Juni-

Brüder-Konferenz

Mittwoch, den 9. Juni, nachmittags 2 Uhr im Vereinshaus in Nagold.

Insp. Luz-Stuttgart hat zu kommen zugesagt. Missionar Seeger.



Am 6. Juni ist in Göttingen Oberamt Nagold das

9. Gaulieder-Fest

verbunden mit dem 50 jährigen Jubiläum des Männergesangsvereins Göttingen.

Vormittags von 8 Uhr ab

großer Gesangs-Wettstreit

unter Beteiligung von 26 Vereinen.

Nachmittags 3 Uhr: Festsakt und Konzert der Gauvereine. Vortrag von Gruppen- und Massenschören.

Hierzu sind die Sangesfreunde herzlich eingeladen und wird um zahlreichen Besuch gebeten. — Tageskarte mit Festschrift 1 Mark, Halb-Tageskarte mit Festschrift 50 Pfennig.

Autofahrten vom und zum Bahnhof Wildberg den ganzen Tag.

Die Festauschüsse.

Der Wert der Preise als Reklamemittel ist zu allen Zeiten anerkannt worden. Von Franklin kommt der Ausspruch:

Mein Sohn

mache Geschäfte mit Deuten, die interieren; denn diese sind intelligent und Du wirst nie dabei verlieren.

Wertbeständige Spareinlagen und Depositen bei höchstmöglicher Verzinsung.

Provisionsfreier Scheck- u. Giroverkehr unentgeltliche Abgabe der erforderlichen Formulare.

Gewährung von Darlehen und Krediten; im Rahmen der verfügbaren Mitteln.

Ankauf (Diskontierung) guter Waren-Wechsel.

Vermittlung des An- und Verkaufs von Wertpapieren, Sorten und Devisen

Städtische Sparkasse Altensteig.

Aufmerksame, verschwiegene Bedienung.

Bereitwillige Auskunftserteilung.

